

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, Für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, Für den übrigen redakt. Theil: J. Kachfeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gek. D. J. Sch. Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Bretterstr. 10, Otto Nisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen J. Hoff, Kasse, Kasernen & Pöglers u. G., G. J. Paule & Co., Invalidenth.

Nr. 708

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.25 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 10. Oktober.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspaltel oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittlagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittlagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1891

Die Handelsverträge.

Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, an welchem man nicht in den öffentlichen Blättern über Handelsverträge liest, welche der Reichskanzler mit einigen europäischen Staaten angeknüpft hat, um dem übertriebenen Schutzollsystem der Bismarckschen Ära die Spitze abzubrechen. Langsam, entsetzlich langsam schleppen sich die Verhandlungen hin und zwar nicht erst, seitdem man auch mit der Schweiz und Italien angefangen hat zu verhandeln, sondern schon damals, als es sich nur noch um Verträge zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland handelte, nahmen die gegenseitigen Berathungen weit mehr Zeit in Anspruch, als man es sich von beiden Seiten hatte träumen lassen. Neulich hat nun der Reichskanzler erst weitgehenderen Erwartungen, welche die Freunde einer freieren Handelspolitik, d. h. die weitaus größte Zahl der Deutschen, an seine Handelsvertragsverhandlungen geknüpft hatten, in Osnabrück einen kräftigen Dämpfer aufgesetzt in einer Rede, welche er auf der dortigen Georgs-Marienhütte in Erwiderung auf eine Ansprache des Generaldirektors dieses Werkes gehalten hat, eines Dämpfers, dessen es für uns allerdings nicht erst bedurfte, da wir uns z. B., so sehr wir an sich die wenigstens theilweise Rückkehr zu gesunden handelspolitischen Prinzipien begrüßen, von einer Herabsetzung der Getreidezölle noch nicht einmal auf den Stand, den sie vor dem Jahre 1887 eingenommen haben, durchaus nicht befriedigt erklären können. Man steckt eben immer noch zu sehr in der Handelspolitik Bismarcks und hat sich bei dem Eintreten in die Handelsvertragsverhandlungen von den Ideen, wie sie unter ihm maßgebend waren, noch so sehr leiten lassen, daß der Fortschritt eben nur ein recht geringer ist. Trotz alledem muß man aber immer noch froh sein, daß wenigstens der Weg zu einer günstigeren Behandlung des Waarenaustausches zwischen den betreffenden Völkern, als es in den letzten Jahren üblich war, angebahnt wird, und wenn man nur erst wieder die Tarifverträge eingeführt haben wird, d. h. Verträge, welche die einzelnen Staaten verpflichten, bestimmte Artikel zollfrei in ihr Land eingehen zu lassen oder doch keinen Zollsatz festzusetzen, welcher einen gewissen Höchstbetrag überschreitet, womit ein treffliches Bindemittel zwischen den einzelnen Staaten geschaffen ist, so wird man sich wohl auch zum zweiten Mal schwerlich entschließen, mit einem solchen System von Verträgen, wie es bis zum Jahre 1879 bestand, zu brechen. Das aber dürfte mit Freuden zu begrüßen sein angesichts der schutzöllnerischen Hochfluth, welche mit dem System Bismarck noch bis zuletzt unzertrennlich verbunden war und welche somit die handelspolitische Situation so vollständig beherrschte, daß jedes Argument daran wirkungslos zerschellte und auch die substantiellste Beweisführung von der Schädlichkeit dieses Systems nicht die geringste Berücksichtigung fand.

Die Zahl der Gegner, welche sich bei der ersten Verlautbarung von der Anknüpfung neuer Handelsverträge, verbunden mit einer Herabsetzung der agrarischen Zölle, vernehmen ließen, hat sich seitdem merklich verringert. Der Abgeordnete v. Kardorff-Wabnitz, einer der enragirtesten Anhänger und Vertheidiger der agrarischen Schutzölle und einstmals einer der lautesten Auser im Streite unter denen, die sich im Gefolge des ehemaligen Reichskanzlers für die von ihm inaugurierte Schutzollpolitik erklärten, hat kürzlich in „Deutschen Wochenblatt“ das interessante Geständniß abgelegt, daß die Kornzölle nicht das gehalten hätten, was sich die Landwirthe, soll heißen Großgrundbesitzer, von ihnen versprochen hätten, und nicht lange vorher hat sich ein anderer entschiedener Vorkämpfer agrarischer Zölle, der Abgeordnete v. Frege, auf den die „Kreuzzeitung“ stolz ist, für einen Handelsvertrag erklärt, auch wenn derselbe Zollermäßigungen bringen sollte. Ebenso haben die führenden Agrarier in der Zentrums-partei, die Herren von Huene und Genossen, mehrfach zu verstehen gegeben, daß sie sich den Vorschlägen der Regierung in Sachen der Handelsverträge nicht widersetzen werden. Kurz, die Opposition in Parlament wird sich nur auf ein kleines Häuflein Abgeordneter beschränken. Den parlamentarischen Verhältnissen entsprechend ist die Wiederanknüpfung von Handelsverträgen dann auch in der Presse auf so gut wie gar keinen Widerstand gestoßen; von den maßgebenden Organen haben nur die „Kreuzzeitung“ und die „Hamburger Nachrichten“ der neueren handelspolitischen Richtung der Regierung sich feindlich gegenübergestellt, erstere, weil sie die Vertreterin des krafftesten Agrariethums ist, das letztgenannte Blatt dagegen, das als Organ einer Handelsstadt eigentlich gerade die entgegengesetzten Tendenzen verfolgen sollte, wegen seiner Beziehungen zu dem Haupte der Agrarier, dem Fürsten Bismarck. Der Handelsstand selbst zollt dem Vorgehen der

Regierung allgemeinen Beifall; von den Handelskammern haben sich selbst solche dafür erklärt, welche ehedem die schutzöllnerische Richtung befürwortet haben.

Der weitaus größte Theil der öffentlichen Meinung in Deutschland ist also für den Abschluß von Handelsverträgen und somit auch damit einverstanden, daß unsererseits Konzessionen für Gegenkonzessionen gemacht werden. Die Schwierigkeit bei den Verhandlungen liegt in der Hauptsache nur darin, die Grenze festzusetzen, bis zu welcher unsere Regierung bei der Bewilligung von Konzessionen an die Mitkontrahenten gehen kann, um entsprechende Gegenkonzessionen von ihnen einzutauschen, und gerade weil noch alle kontrahirenden Staaten sich von der Idee leiten lassen, daß ein Handelsvertrag eine Art Handelsgeschäft sei, bei dem man bestrebt sein müsse, für möglichst geringe Ermäßigungen im eigenen Zolltarif möglichst hohe im fremden Zolltarif zu erlangen, wird der Fortgang der Verhandlungen so außerordentlich gehemmt und erschwert. Hätte man nicht im Jahre 1879 beim Ablauf des Tarifvertrages mit Oesterreich von allen Verhandlungen Abstand genommen, um ein Zollsystem auf neuer schutzöllnerischer Basis einzuführen, sondern wäre man, wenn man nun einmal Zoll-erhöhungen für absolut nöthig hielt, wenigstens mit denjenigen Staaten in Unterhandlung getreten, denen gegenüber wir unsere Tarife gebunden hatten, und dann von niedrigen zu hohen Tarifen übergegangen, so hätten sich jetzt die Verhandlungen nicht so unendlich schwierig gestaltet, denn einen bestehenden Handelsvertrag auf die eine oder andere Weise fortzubilden ist leichter als einen neuen abzuschließen.

Wenn sich die Majorität des Reichstages im Jahre 1879 dem Abbruch der Handelsverträge ebenso lebhaft und nachdrücklich widersetzt hätte wie der entschiedene Liberalismus, wenn sie sich statt von dem plötzlich auch zum „Volkswirth“ gewordenen Fürsten Bismarck von den bewährten handelspolitischen Grundsätzen, wie es noch kurz vorher maßgebend gewesen waren und von Delbrück, Bamberger und Eugen Richter weiter verfochten wurden, hätte leiten lassen und sich die verhängnißvollen Folgen klar gemacht hätte, welche die plötzlich veränderte handelspolitische Richtung der Regierung haben mußte, so wäre der damalige Umschwung ja überhaupt unmöglich gewesen. Darin aber, daß die Regierung jetzt selbst die Anknüpfung von Handelsverträgen wieder aufnehmen muß, welche sie im Jahre 1879 leichten Herzens aufgab, liegt die glänzendste Rechtfertigung für den entschiedenen Liberalismus und dessen oppositionelle Stellung gegen den Abbruch der Verträge, denn mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen desavouirt die Regierung selbst die Politik, welche sie seit dem Jahre 1879 begonnen hat. Hoffentlich wird nun der in jenem Jahre einmal begangene Fehler für alle Zeiten eine Warnung für die Regierung sein, die sie in Zukunft davon abhält, einen ähnlichen Fehler zum zweiten Mal zu begehen, und wenn sie jetzt endlich wieder einen Schritt vorwärts thut, so erwarten wir, daß dies den Anfang eines endgiltigen Bruches mit der Politik der letzten zwölf Jahre in handelspolitischer Beziehung bedeutet.

Deutschland.

Δ Berlin, 9. Okt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Singer wird möglicherweise aus der Stadtverordnetenversammlung, in welcher er der Führer der elf Mann zählenden „Fraktion der Arbeiterpartei“ ist, ausscheiden. Sein Mandat ist erloschen, und bei der Neuwahl muß in dem Bezirke Singers diesmal ein Hausbesitzer gewählt werden. Diese Bedingung besteht für ein Drittel der Stadtverordneten und ist nicht dauernd an ein bestimmtes Drittel der Bezirke geknüpft, sondern es wechseln dabei die Bezirke. Da Herr Singer nicht Hausbesitzer ist, kann er in seinem bisherigen Bezirke diesmal nicht gewählt werden. Er kann nun in einem anderen Bezirke kandidiren und wird dies wahrscheinlich auch; aber die anderen Bezirke, in welchen eine Neuwahl stattfindet, sind nicht allzu günstig für die Sozialdemokraten, mit Ausnahme von zwei Bezirken, in denen aber gleichfalls je ein Hausbesitzer gewählt werden muß. In derselben Lage wie Singer befindet sich sein Fraktionsgenosse in Reichstag und Stadtverordnetenversammlung, Rechtsanwalt Stadthagen. — Es gehen uns heute verschiedene Nachrichten über Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfange zu. So sollen von einem bekannten Werke in Magdeburg Arbeiter in bedeutender Zahl entlassen werden, und bei einem nicht minder bekannten Werke in Stettin die Entlassung von 2000 Arbeitern bevorstehen. Wenn diese Nachrichten sich bestätigen sollten, würden sie jedenfalls Aufsehen erregen. Da sich die Börse aber der Sache bemächtigen würde, geben wir die uns zugegangene Mittheilung nur mit Weglassung der Namen und ohne Gewähr. — Am Kongresse

der Bodenbesitzreformer am 11. und 12. September werden auch Herzka und Flürscheim theilnehmen. Sowohl Manche der theilnehmenden Personen die verhandelten, zum Theil sehr aktuellen Gegenstände dürften immerhin Interesse erwecken. Zum Kongreß hat Jedermann Zutritt, natürlich nur als Zuhörer. Am meisten interessirt die öffentliche Versammlung am Montag, in welcher Harmening über „die Bodenbesitzreform und die politischen Parteien“ sprechen wird. Harmening wird namentlich den Standpunkt vertreten, daß man gleichzeitig Mitglied der freisinnigen Partei und Bodenbesitzreformer sein könne. In dieser Versammlung findet Diskussion statt, an der sich Jeder betheiligen kann.

— Die „Kreuztg.“ hatte in ihrem gestern auch von uns wiedergegebenen Artikel über die neuere Entwicklung des Zeitungswesens neben sehr vielem Zutreffenden die falsche Behauptung aufgestellt, daß der Einfluß der Berliner politischen Presse allmählich geradezu ins Ungemessene gestiegen sei und noch immer mehr steigen würde, wogegen Ansehen und Bedeutung der Provinzialpresse mehr und mehr zurückginge. Demgegenüber macht die „Köln. Ztg.“ die sehr richtige, durchaus den Thatsachen entsprechende Bemerkung, womit sie zugleich eine im Publikum vielfach verbreitete irrtümliche Meinung korrigirt, daß das gerade Gegentheil der Fall sei, denn die großen Organe der wichtigeren Städte des Reichs, von Stuttgart und München bis Hamburg und von Straßburg bis Breslau und Königsberg überragten an Ansehen, an thatsächlichem Einfluß auf die öffentliche Meinung die gesammte Berliner Presse weitaus.

— Die Meldung, daß der Reichstag erst am 17. November seine Sitzungen wieder aufnehmen werde, bedarf, der „Magd. Ztg.“ zufolge, noch der Bestätigung. Nach Ansicht des Blattes — und man wird sich dem nur anschließen können — würde es ein Mißgriff sein, wenn der Präsident statt am 10. erst am 17. November die erste Sitzung anberaumen wollte. Auch wenn der Etat im Bundesrath nicht fertiggestellt ist, so liegt doch Stoff genug (vor Allem die zweite Lesung des Krankenkassengesetzes) vor, mit dem sich der Reichstag beschäftigen kann. Da Mitte Januar der preussische Landtag seine Session beginnt, sollte man nicht eine ganze Woche (vom 10. bis 17. November) parlamentarisch ungenutzt verstreichen lassen, denn das Nebeneinander von Landtag und Reichstag wird sich ohnehin schon störend genug wieder geltend machen.

— Bezüglich der Aufhebung des Ausfuhrverbotes für amerikanische Schweine u. s. w. ist dem Bundesrathe folgende Mittheilung zugegangen:

Zu der kaiserlichen Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs vom 6. März 1883 sind durch Bekanntmachung vom 12. April 1883 Ausführungsbestimmungen erlassen worden, wonach bei der Einfuhr von Schweinen u. s. w. aus dem Auslande der nichtamerikanische Ursprung durch Zeugnisse näher vorgeschriebenen Inhalts nachzuweisen ist. Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 3. September d. J. das Einfuhrverbot für lebende Schweine unbedingt, für Schweinefleisch unter dem Vorbehalt einer gesundheitlichen Kontrolle außer Kraft gesetzt ist, bedarf es einer Ergänzung, ob derartige Ursprungszeugnisse auch fernerhin zu erfordern sein werden. Für die Einfuhr lebender Schweine, welche gegenüber Amerika einem Verbote überhaupt nicht mehr unterliegt, sind die Zeugnisse gegenstandslos geworden. Aber auch für Schweinefleisch und Würste wird ihrer Verbringung ein erheblicher Werth kaum noch beigemessen werden können. Abgesehen davon, daß die Zuverlässigkeit der Zeugnisse nach den seitherigen Erfahrungen nicht immer eine einwandfreie gewesen ist, würden sie künftig nur etwa noch zu dem Zweck von Bedeutung sein, um zu verhindern, daß amerikanische Erzeugnisse, welche der in den Vereinigten Staaten angeordneten Unteruchung nicht unterlegen haben oder welche der an der deutschen Grenze künftig etwa einzurichtenden Nachkontrolle entzogen werden sollen, auf indirektem Wege bei uns zur Einfuhr gelangen. Unter diesen Umständen dürfte es gerechtfertigt sein, von der Verbringung der Ursprungszeugnisse auch bei der Einfuhr von Schweinefleischwaaren allgemein Abstand zu nehmen. Sollte sich im Laufe der Zeit herausstellen, daß eine Einfuhr nicht untersuchten, gesundheitschädlichen Schweinefleisches in namhaftem Umfange stattfindet, so würde auf die Frage zurückgekommen werden können. Dem Bundesrathe ist nunmehr eine Beschlüßfassung in dem Sinne anheimgestellt, daß die Ausführungsbestimmungen zu dem Einfuhrverbot ganz außer Anwendung treten sollen, und zwar mit der Maßgabe, daß durch die eventuelle Beschlüßnahme die Verordnung, welche für die Einfuhr von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn, Italien und Rußland Ursprungs- und Gesundheits-Atteste in der Bekanntmachung vom 12. April 1883 eingeführten Form erfordert, nicht beseitigt werden würde.

— In Sachen der Lebensmittelzölle tagte am 30. August im Feenpalast zu Berlin eine öffentliche Gewerkevereins-Versammlung. Nach einem Referat der Herren C. Schumacher, Türschmann und Dr. Ruge nahm die Versammlung eine Resolution für Aufhebung der Zölle

an und beauftragte die Referenten in Gemeinschaft mit dem Anwalt des Verbandes der deutschen Gewerksvereine Herrn Dr. Hirsch und den Vorsitzenden der Versammlung als Deputation, diese Resolution dem Herrn Reichskanzler zu überreichen. Gleich darauf begab der Reichskanzler sich im Gefolge des Kaisers nach Oesterreich, so daß die Deputation ihre Aufgabe nicht sofort erledigen konnte. Da aber die Sache von Wichtigkeit war und keinen Aufschub erliden durfte, so übermittelte am 5. v. M. der Vorsitzende der Versammlung die Resolution dem Reichskanzler schriftlich zur vorläufigen Kenntnisknahme mit der gleichzeitigen Anfrage, ob und wann der Reichskanzler die Deputation empfangen wolle. Da hierauf eine Antwort nicht erfolgte, so erneuerte der Vorsitzende die Anfrage wegen der Deputation am 26. September. Hierauf erhielt er dann am 1. Oktober seitens der Reichskanzlei ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Die Reichskanzlei ist beauftragt, Euer Wohlgebornen den Eingang der gefälligen Schreiben vom 5. und 26. d. M. mit dem Hinzufügen zu bestätigen, daß der Herr Reichskanzler von der mitgetheilten Resolution Kenntnisk genommen hat und daher anheimstellt von Abänderung einer Deputation, die diesen Beschluß nochmals überreichen soll, gefälligst abzusehen. Berlin, 30. Sept. 91. Die Reichskanzlei.“

Da dieser Deputation auch drei Arbeiter angehören, muß man zu der Ansicht kommen, daß man es in Regierungskreisen vermeiden, direkt mit den Arbeitern über den Nothstand zu sprechen.

— Aus dem Großherzogthum Hessen wird der „Voss. Z.“ geschrieben: In unserem lieben Vaterlande hängt doch noch so mancher alte Pöpel, der abgetrennt werden könnte. Zum Beweise dessen sei eine Geschichte erzählt, deren Wahrheit dieser Tage an Gerichtsstelle erwiesen wurde. Hier in Hessen giebt es nämlich einen Ort, Kirnbach genannt, der theils heßisch, theils badisch ist. Was die Staatsangehörigkeit der Einwohner anlangt, so richtet sich diese nach derjenigen der Häuser; neuerbaute Hofraithen werden in einer bestimmten Reihenfolge Hessen oder Baden überwiesen. So ist es denn nicht erstaunlich zu hören, daß ein Wohnungswechsel aus einem Hause, welches Baden zugetheilt ist, in ein heßisches, den Wechsel der Staatszugehörigkeit zur Folge hat und den Betreffenden zur Naturalisation zwingt. Nicht minder merkwürdig ist es, daß Kirnbach zwei Bürgermeister besitzt, von denen der eine der „dirigierende“ ist. Er hat gewisse Aufsichtrechte wahrzunehmen, so die Visitation des „Kondominatsrechners“. Alle drei Jahre giebt der eine Bürgermeister dem anderen den Direktionsstab ab. Ebenso wird betreffs der Rechnung unter den heßischen und badischen Bürgern abgewechselt.

Hamburg, 7. Okt. Dem Antrage der bürgerlichen Linken, den Senat zu ersuchen, im Bundesrathe für sofortige Aufhebung der Getreidezölle einzutreten, hat sich die Bürgerschaft unbegreiflicher Weise nicht angeschlossen. Die Bürgerschaft, obwohl, wie aus der anderthalbstündigen Debatte ganz unzweifelhaft hervorging, für Aufhebung der Getreidezölle, beschloß in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 46 Stimmen zur Tagesordnung überzugehen.

Leipzig, 7. Okt. Im Jahre 1890 sind bei der hiesigen städtischen Sparkasse nur 636 291 M. zur Einzahlung gelangt gegen 1 365 000 M. im Vorjahre. Dagegen war das Leihamt sehr stark beschäftigt, denn dort wurden im Jahre 1890 24 000 Pfänder stark eingeliefert als im Jahre 1889. Und es steht zu fürchten, daß sich im laufenden Jahre die Verhältnisse noch schlechter gestalten werden, denn, wie der „Generalanz.“ meldet, ist besonders im Monat September der Umsatz bei der Sparkasse ein überaus ungünstiger gewesen, indem 244 450 M. mehr zur Auszahlung gelangten als die Einlagen betragen.

Rußland und Polen.

* **Petersburg, 6. Okt.** Das Generalkommando eines der beiden neu zu bildenden Armeekorps soll nach Dorpat kommen. Das russische Kriegsministerium mußte die ursprüngliche Absicht, dasselbe in unmittelbarem polnischen Grenzgebiet unterzubringen, fallen lassen, da die Oberbefehlshaber in Wilna und Warschau, die Generale Ganecki und Gurko, erklärten, daß thatsächlich in ihrem Befehlsbereich zu Friedenszeiten weiter kein Platz für neue Truppen vorhanden sei, umso mehr, als eine bedeutende Vermehrung der dortigen Reservetruppen durch Umbildung der Reserve-Bataillone in Reserve-Regimenter zu zwei Bataillonen bevorsteht. Außerdem steht Dorpat in vorzüglicher Bahnverbindung mit dem Westgebiet, so daß die eng zusammenziehenden Truppen des neuen Armeekorps bald dorthin befördert werden können. Mit der Verlegung eines Generalkommandos und der entsprechenden Truppenzahl nach Dorpat verbindet man auch den Zweck, die alte baltische Universitätsstadt zu russifizieren. Die Rolle, welche bisher dort der deutsch-baltische Student spielte, soll jetzt der russische Offizier übernehmen. Viel Glück wird man russischerseits mit

diesem Plan nicht haben und der russische Liniensoffizier wird auch dort dieselbe traurige, mißachtete, Rolle spielen, wie bis heute noch im innern Rußland selbst.

Bekanntlich ist vor etwa einem halben Jahre die Gemahlin des Großfürsten Sergius Alexandrowitsch, geborene Prinzessin Elisabeth von Hessen, zur russischen Kirche übergetreten. Die näheren Umstände, welche die deutsche Fürstin zu diesem Schritt gebracht, waren nicht bekannt geworden. Jetzt schildert ein Mitglied des großfürstlichen Hofes das Vorbild des Uebertritts. Vor zwei Jahren war das großfürstliche Paar in Balaßina und der streng orthodoxe Großfürst nahm dort mit seinem Gefolge, zu dem auch der erst kürzlich vom evangelischen Glauben zum russischen übergetretene Hofmarschall Graf Stenbof gehörte, das Abendmahl. Da sprach die Großfürstin zum ersten Mal das Gebet aus, an diesem Abendmahl nicht theilnehmen zu dürfen. Man ließ ihr einen evangelischen Geistlichen kommen, aber sie fühlte sich durch dessen Zuspruch nicht befriedigt und meinte, sie empfinde es so schmerzhaft, daß man im Protestantismus so sehr von der persönlichen Auffassung des betreffenden Seelsorgers abhängig sei, während in der griechisch-orthodoxen Kirche nur ein Glaube, nur eine Form in dessen Aeußerung beständen. Namentlich gingen ihr die schönen vorgelesenen Gebete der russischen Kirche so sehr zu Herzen. Hofmarschall Graf Stenbof nutzte diese Glaubenserschütterung in kluger Weise aus, indem er der Großfürstin schilderte, wie glücklich er sich jetzt in dem neuen Glauben fühle. Nach der Rückkehr nach Petersburg veranstaltete er, daß der halb im Geruche der Heiligkeit stehende Priester Johann aus Kronstadt die Großfürstin aufsuchte, und so wurde die Fürstin gewonnen. Großfürst Sergius blieb scheinbar ganz im Hintergrunde, obwohl er thatsächlich jedes Wort erfuhr, was bei diesen Befehlsversuchen gesahen. Als Graf Stenbof die Großfürstin endlich überredet hatte, daß sie sich entschloß, ihrem Gatten den beabsichtigten Glaubenswechsel zu gestehen, schien dieser ganz überrascht und es erfolgte ein äußerst ruhrender Austritt. Die Großfürstin schrieb nun an ihre Großmutter, die Königin von England, welche gegen den beabsichtigten Schritt der Enkelin keine Einwendung hatte, und bat dann ihren Vater, den Großherzog von Hessen, während dessen Anwesenheit in Rußland um Erlaubniß. Dieser ertheilte sie, wenn auch vielleicht innerlich schweren Herzens, jedenfalls aber ohne Weiteres. Uebrigens soll der Glaubenswechsel nicht zu einer größeren Annäherung der Gatten geführt haben. Die Großfürstin ist noch ernster und stiller geworden als früher. Wie man aus Moskau hört, ist man dort mit der Amtsführung des Großfürsten Sergius als Generalgouverneur sehr unzufrieden und der alte leutjelige Fürst Dolgorukow wird mehr denn je vermißt. Der Moskauer Adl, die Kaufmannschaft, die Bürger waren gewohnt gewesen, stets direkt mit dem Generalgouverneur zu verhandeln; zu Fürst Dolgorukow hatte Jedermann Zutritt. Großfürst Sergius verlegt jedoch durch seinen Hochmuth und durch seine Unzugänglichkeit. Jetzt steht er nun im Begriff, eine in Moskau allgemeinen Unwillen hervorruhende Neuerung zu unternehmen. Er will, um nicht zu sehr belästigt zu werden, zwischen sich und allen, die ein Anliegen an ihn haben, eine Art von Zwischeninstanz in Gestalt einer besonderen Vertrauensperson bilden, welche zunächst alle Gesuche empfängt und entscheidet, ob sie werth sind, vor die großfürstlichen Augen oder Ohren zu gelangen. Man denke sich, welchen Einfluß eine derartige Persönlichkeit in Rußland, dem Lande der Bestechlichkeit, haben wird. Noch mehr aber fürchtet man in Moskau, daß der Großfürst seinen Vertrauten, den Hofmarschall Graf Stenbof, zu dieser Stelle bestimmen werde. Die Moskauer sagen sich, es sei doch früher weit besser gewesen; denn wenn auch der alte Fürst Dolgorukow nicht unempfindlich für Geld und Gelbeswerth war, so hatte man doch wenigstens etwas davon, während man jetzt sein Geld dritten Personen geben würde, denen man nicht traue.

Frankreich.

* **Paris, 6. Okt.** Wegen der Pilgerauszehrungen in Rom hat der französische Kultusminister Fallières an die französischen Prälaten ein Rundschreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Herr Bischof (Erzbischof)! Sie kennen die bedauerlichen Zwischenfälle, die zu Rom im Verlauf der sogenannten Pilgerfahrten der französischen Arbeiter stattgefunden haben. Sie haben als Uebersicht für die Interessen der Nation, als daß Sie nicht, wie ich, denken sollten, daß alle Behörden des Landes vermeiden müssen, in Kundgebungen bloßgestellt zu werden, die leicht ihren religiösen Charakter verlieren können. Ich habe folglich die Ehre Sie einzuladen, sich für den Augenblick jeder Theilnahme an diesen Wallfahrten zu enthalten. Genehmigen Sie etc.“ Der „Siecle“ bemerkt dazu: „Wir können dieses bedeutende, nüchternen, bündigen, lapidaren, wahrhaft französische Schriftstück nicht genug loben. Da ist keine behördliche Phrasenmacherei; das ist eine gute Regierungssprache, und wir wünschen, daß die Minister niemals eine andere Sprache reden oder schreiben möchten.“

Dänemark.

* **Kopenhagen, 7. Okt.** Die dänischen Blätter beschäftigen sich begreiflicherweise mehr oder weniger eingehend mit dem soeben zusammengetretenen Reichstag, dem sie das Horoskop zu stellen

versuchen. In den heißesten Tagen der Konfliktperiode war Niemand sanguinisch genug, zu glauben, daß der neue Reichstag ins Ernst daran denken würde, sich an die Erledigung irgend welcher bedeutsamen Fragen heranzumachen. Die während der letzten Session getriebene Verhandlungspolitik hat jedoch Manchen die alten Sünden des Reichstags verzeihen lassen und die Hoffnung auf bessere Zeiten machgerufen. Es wäre jedoch gefährlich, sich den Aussichten auf eine fruchtbare Verhandlungspolitik allzu optimistisch gegenüber zu stellen, denn es läßt sich nicht leugnen, daß ein Theil der „verhandeln“ Vinken sich darnach sehnt, aufs Neue mit den alten Gesinnungsgegnern unter den „Europäern“, zusammen zu arbeiten. Die Männer der Verhandlungspolitik betonen indeß, daß die Gegenstände, die den gegenwärtigen Reichstag zunächst beschäftigen können, nicht der Art und nicht so bedeutend sind, daß sie diejenigen zu zersplittern vermögen, die in vollem Ernst darnach streben, aus den Arbeiten des Parlaments ein greifbares Resultat herauszuziehen.

Großbritannien und Irland.

* **Der Tod Bannell's erweckt in England die Hoffnung, daß sich jetzt mit Irland leichter eine Verständigung erzielen lassen und daß der Geist der Zwietracht mit Bannell verschwinden werde;** dabei lassen die Londoner Blätter den hervorragenden Eigenschaften des Verstorbenen Gerechtigkeit widerfahren. Man meldet der „Voss. Ztg.“ hierüber:

London, 8. Okt. Der Tod Bannell's erregt das höchste Aufsehen und drängt in der Tagespresse alles andere, selbst das Hinscheiden Smith's, in den Hintergrund. Die leitenden Morgenblätter bringen spaltenlange Biographien des Verstorbenen und besprechen das Ereigniß und dessen mögliche Tragweite in langen Leitartikeln. „Times“, „Daily News“ und „Morningpost“ sagen in fast übereinstimmender Vorbildung, daß der Tod Bannell's eine der merkwürdigsten Figuren des Jahrhunderts von der politischen Bühne entferne. „Daily News“, die seit der Entzweiigung Bannell's mit Gladstone der bestigitte Gegner Bannell's gewesen, schreibt: Niemand könne die Laufbahn Bannell's ohne Bewunderung oder Bedauern betrachten. Fast einstimmig wird die Ansicht und die Hoffnung ausgedrückt, mit Bannell's Tode werde der Geist der Zwietracht in Irland verschwinden. Der „Standard“ sagt, für die Regierung und die unionistische Partei mache Bannell's Tod keinen thatsächlichen Unterschied, durch sein Ableben werde ihre Stellung nicht verändert, ihre Kraft nicht gefährdet, sie werde fortfahren, Irland mit Gerechtigkeit und Rücksicht zu behandeln, aber den Anspruch auf legislative Trennung nach wie vor entschlossen verweigern. In Dublin, Cork und ganz Irland wirkte die Todesnachricht geradezu erschütternd. Die für Sonntag anberaumt gewesene Amnesticundgebung in Cork, welcher Bannell beimohnen sollte, wurde verschoben. Es werden Anstalten für ein öffentliches Leichenbegängniß getroffen.

Rumänien.

* **In den Kreisen der rumänischen Regierung scheint man eine Reihe dringlicher Heeresreformen anbahnen zu wollen, da das Regierungsblatt „Timpul“ den gegenwärtigen Zustand des Heeres einer strengen und offenbar nicht ungerechtfertigten Kritik unterzieht. „Wir haben“, sagt der „Timpul“, „keine Reperiturgewehre, keinen Mobilisierungsplan, die Reorganisation unserer Heiterei ist noch nicht erfolgt, das Oberkommando ist noch nicht überall in den Händen solcher Persönlichkeiten, auf welche man im Falle eines Krieges volles Vertrauen setzen könnte. Es hängt vom Kriegsminister ab, daß einige dieser Mängel beseitigt werden. Dem Vernehmen nach befaßt sich derselbe thatsächlich mit dem Mobilisierungsplane der Armee, und wir glauben, er werde nicht zögern, den erforderlichen Wechsel in der Person der Kommandanten eintreten zu lassen. Das Parlament müßte aber die notwendigen Opfer bringen, damit die Armee in die Lage komme, auf der Höhe ihrer Bestimmung zu stehen. Die Kammern werden in der nächsten Session einen guten Theil ihrer Thätigkeit der Erörterung militärischer Gesetze widmen müssen, und wir sind überzeugt, daß die gesetzgebenden Körperschaften ihrer diesfälligen Pflicht mit Patriotismus genügen werden. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben; weil unsere Armee sich im Jahre 1877 auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz so auszeichnete, dürfen wir nicht glauben, daß wir es immer so leicht haben werden, wie damals. Im Jahre 1877 hatten wir vor dem Beginne der Operationen bis zum Eintritt in die Aktion beinahe ein volles Jahr vor uns, um unsere Truppen abzurichten und uns vorzubereiten. Jetzt aber kann unsere Armee berufen werden, sofort mit Feuer einzutreten, und vom Beginn der Feindseligkeiten an kann unser Landesgebiet bedroht werden. Der Hinweis auf das im Jahre 1877 Gezeichnete ist demnach für uns äußerst gefährlich, denn er kann uns in Illusionen einwiegen, die für uns eine große Gefahr werden könnten.“**

Stadttheater.

Bosen, 9. Oktober.

„Gasparone“, Operette von Millöcker.

Die erste Bekanntschaft, welche das Bosener Publikum mit dieser Operette gemacht hat, schreibt sich auf die Jahre, als dieses Bühnengenre noch in dem jetzt von der Bildfläche verschwundenen Viktoriatheater gepflegt wurde, also wohl mindestens acht bis zehn Jahre zurück. Damals schon fand dieselbe eine freundliche Aufnahme, und dies war nicht allein durch die gefälligen Melodien der meisten Musiknummern, sondern auch durch das geschickt angelegte und von trivialen und banalen Auswüchsen freigehaltene Sujet begründet. Viele dieser Melodien sind ja im Laufe der Zeit fast volkstümlich geworden, wie der Walzer „Er soll dein Herr sein“, welcher sich sogar eine parodistische Textunterlage hat gefallen lassen müssen. Auch heut haben dieselben trotzdem an ihrer eindringlichen Wirkung zur leichten und bequemen Unterhaltung von der Bühne herab nichts eingebüßt, und wenn sie auch nicht mehr wegen der längeren Gewöhnung an sie mit der ursprünglichen Frische wirken können, so haben sie doch noch ihren Reiz, und selbst der Musiker hat an manchen geschickt gearbeiteten und dramatisch wirksamen Ensemblestücken seine Freude. Besonders waren es wieder das erste Finale mit der melodisch wie rhythmisch pikanten Sizilienne und das Duett „Stodfinster war die Nacht“, welche vom heiter angeregten Publikum mit besonderem Beifall aufgenommen wurden, wodurch selbstverständlich nicht ausgeschlossen war, daß das Couplet „Es giebt ja keine Männer mehr“ und der bereits erwähnte Walzer der vollsten Günst sich erfreut haben.

Die Darstellung war musikalisch wie szenisch sorgfältig vorbereitet. In musikalischer Hinsicht waren recht hervorragend die Damen Fräulein Körber (Gräfin Carlotta) und Fräulein Schwarz (Sora) und die Herren Schuler (Ermino) und Bollmann (Benozzo) erfolgreich theilhaftig. Herr Schuler, über dessen treffliche Leistung als Knappe im Waffenschmied wir neulich bereits berichten konnten, zeigte auch für dieses leichtere Genre nicht unbedeutende Geschicklichkeit, nur möchten wir eine sorgfältigere und leichtere Behandlung der Prosa empfehlen, die in der Operette durchaus nothwendig ist, wenn die beabsichtigten Effekte erreicht werden sollen. In dieser Beziehung traf Herr Bollmann, dessen bewährte Leistungsfähigkeit für die Operette noch vom vorigen Winter her in bestem Andenken steht, auch gestern wieder den richtigen Ton und fand sich auch mit musikalischen Anforderungen, welche in der Rolle liegen, recht geschickt ab. In Fräulein Schwarz lernten wir eine gewandte und ebenso musikalisch tüchtige Operettensängerin kennen; ihre Leistungen wurden vom Publikum recht beifällig aufgenommen, und dasselbe dürfte auch von Fräulein Körber gesagt werden, wenn sie nicht so sehr bei ihren Vorträgen die Neigung zum Tremoliren hätte hervorzuweisen lassen. Endlich ist noch hervorzuheben, daß Herr Krossek als Syrakusischer Podesta mit seiner gewandten und urwüchsig komischen Spielweise die Lacher auf seiner Seite hatte, und daß ebenso Fräulein Paulmann als Zenobia und Herr Matthias als Sindulso zur Erheiterung und Belustigung des Publikums mit Erfolg beitrugen. WB.

* **Der verstorbene König Karl von Württemberg hat bekanntlich seinem Ahnherrn, dem Grafen Eberhard von Barte, in Stuttgart ein Denkmal gesetzt, durch welches die bekannte Stelle in dem Kerner'schen Gedicht, wo sich Graf Eberhard rühmt, daß er jedem Unterthan unverzagt sein Haupt in den Schooß legen könne, verwirklicht wird. Als in Stuttgart der volkswirtschaftliche Kongreß tagte, entsandte der König, trotzdem die schutzvaterliche Achtung, welche seine Regierung betrat, sich in schroffem Gegenlatz zu den Grundätzen befand, welche auf dem Kongreß verkündet wurden, seinen Adjutanten als Vertreter zum Festmal der Versammlung. Wie üblich wurde bei dem Feste die Reife der Tischreden mit einem Toaste auf den König eröffnet, und dem Vorsitzenden des Kongresses, Dr. Karl Braun-Wiesbaden war die Aufgabe zugefallen, diesen Toast auszubringen. Braun begann damit, daß es in einem alten deutschen Lied von dem Herrlicher von Württemberg heiße, daß**

„In Wäldern noch so groß
Er sein Haupt kann kühnlich legen
Jedem Unterthan in Schooß“

und fuhr dann fort: „Meine Herren, das ist ein altes Lied; es ist lange her, daß Graf Eberhard das gesagt hat, und es ist heute nicht mehr so.“ Hier machte der Redner eine kleine Pause, und Alle, die bei jenem Festmahl anwesend waren, wendeten sich wohl noch des peinlichen Eindrucks erinnern, den jene Worte gemacht haben. Alle haben gespannt auf den Adjutanten des Königs, der unruhig auf seinem Stuhle hin- und herückte. Da, die Pauze, welche allerdings sehr lang erschien, hatte kaum einige Sekunden gedauert, erhob Braun wieder seine Stimme und fuhr fort: „Es kann heute nicht mehr wahr sein, jenes alte Wort; denn wir finden in Württemberg keine so großen Wälder mehr — wohin wir auch unsere Blicke richten, überall sehen wir ein wohl kultivirtes, fruchtbares Land, welches ein bereitetes Zeugniß abgiebt für die Fürsorge, welche die Herrscher Württembergs stets der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes gewidmet haben u. s. f. u. s. w.“ Die Spannung war gelöst und an den am Schluß der Rede erfolgenden Toast auf den König von Württemberg schloß sich lauter Beifall für den Redner.

—n. Ordentliche General-Versammlung der Lehrer-Sterbekasse des Großherzogthums Posen.

Posen, den 8. Oktober.

Nach vorangegangener Vorversammlung gestern Abend fand Donnerstag Vormittag die ordentliche General-Versammlung der Lehrer-Sterbekasse des Großherzogthums Posen im großen Lam-bertischen Saale statt. Der Vorsitzende, Herr Oberlehrer Dr. Käpfer, eröffnete die Versammlung um 9 1/2 Uhr, indem er die Anwesenden im Namen des Direktoriums begrüßte und den Wunsch ausdrückte, daß die Verhandlungen zum Segen und Gedeihen des Vereines gereichen möchten. Zu Schriftführern werden die Herren Köhler und Tefs berufen. Hierauf verliest Herr Marcin-owski die Namen der angemeldeten Delegirten unter Angabe der Stimmenzahl, welche sie vertreten. Zum Vorsitzenden der Generalversammlung wird hierauf Herr Oberlehrer Dr. Käpfer gewählt. Im Auftrage der Rechnungs-Revisions-Kommission berichtet Herr Citner-Posen über die Revision der Rechnung für 1889/90. Dieselbe ist während 4 Tagen eingehend geprüft und richtig befunden worden. Zu montren sei indeß die große Zahl zum Theil veralteter Reste. Der Hauptrendant giebt Aufklärungen über diese Angelegenheit. Die vom Berichterstatter beantragte Entlastung der Rechnung für 1889/90 wird dem Direktorium ertheilt. Ferner berichtet Herr Citner über die Revision der Rechnung für 1890/91, die gleichfalls ordnungsmäßig befunden wurde. Die vielen Reste seien, wie der Berichterstatter noch bemerkt, bis auf ein Minimum verschwunden. Das sei der äußerst umfänglichen und energischen Leistung des jetzigen Direktoriums zuzuschreiben, wofür demselben Dank und Anerkennung gebühre. Die Versammlung giebt zu dieser Ausführung ihre Zustimmung zu erkennen. Es dann wird dem Direktorium auch für die Rechnung 1890/91 Entlastung ertheilt. — Nach längerer Besprechung darüber, wie die Quittungen über die gezahlten Beiträge am zweckmäßigsten ein-zurichten wären, wird in die Berathung der Anträge des Direktoriums eingetreten. Das Direktorium beantragt zunächst § 33 der Satzungen dahin abzuändern: „Jede vorschriftsmäßig berufene ordentliche oder außerordentliche Generalversammlung ist berechtigt, über alle Punkte, welche auf ihrer rechtzeitig veröffentlichten Tagesordnung stehen, zu berathen und bindende Beschlüsse zu fassen. Abänderungen des Statuts können nur mit einer Majorität von 2/3 der erschienenen und vertretenen Mitglieder beschließen werden, und erhalten durch Genehmigung der königlichen Ministerien des Innern und des Unterrichts Gültigkeit.“ Diese Statutenänderung wird einstimmig angenommen. — Ein zweiter Antrag des Direktoriums geht dahin: „Am Schlusse jeden Rechnungsjahres sind bis auf Weiteres alle verfügbaren Mittel — ausgeschlossen ein Betrag von ca. 3000 M. als eiserne Bestand zur Auszahlung der im Laufe des Geschäftsjahres eintretenden Sterbefälle — dem Reservefond zuzuführen.“ Auch dieser Antrag wird angenommen. — Ferner beantragt das Direktorium die Bewilligung einer einmaligen Vergütung für außergewöhnliche Mithewaltung des Vorsitzenden zur Hebung der Lehrer-Sterbekasse. Den Vorsitz übernimmt Herr Marcinkowski-Posen. Weymann-Posen begründet den Antrag. Nach dem Ausschleiden des Herrn Rektor Hecht habe es schwer gehalten, einen Vorsitzenden für die Sterbekasse zu gewinnen. Auch der gegenwärtige Vorsitzende, Herr Oberlehrer Dr. Käpfer, habe das Amt nur mit Widerstreben übernommen. Der Vorsitzende habe nun eine ungewöhnliche Thätigkeit im Interesse der Sterbekasse entwickelt und große Opfer an Zeit und Arbeitskraft gebracht. Und es sei hauptsächlich ihm zu danken, daß die Sterbekasse wieder in geordnete Bahnen gelenkt worden ist. Namentlich auch habe er die Ein-nahmen der Kasse durch strenge Einziehung rückständiger Beiträge sehr bedeutend erhöht und Rückstände eingebracht, die bereits für verloren galten. Das müsse durch eine Zuwendung belohnt werden. (Beifall!) Ein dahin gehender Antrag des Herrn Rektor Lehmann wird angenommen. — Im Anschluß hieran wird zu dem Antrage Krajewicz-Posen, die Tantieme für den Vor-sitzenden von 1/2 auf 1 Prozent zu erhöhen, übergegangen. Herr Menzel-Posen befürwortet diesen Antrag. Kaczorek beantragt Erhöhung auf 1 1/2 Prozent, desgl. Heß-Bartelsche. Die Versammlung beschließt, die Tantieme des Vorsitzenden auf 1 Prozent zu erhöhen. Es wird außerdem für die vorauszuweisenden außerordentlichen Anstrengungen des laufenden Rechnungsjahres eine besondere Entschädigung bewilligt. Es tritt eine Pause ein. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen verliest Grund-

schod: Posen die Namen der Delegirten und giebt die von ihnen vertretene Stimmenzahl an. Es sind 668 Stimmen durch 64 Dele-girte vertreten. Außerdem ist eine größere Anzahl selbstmündiger Mitglieder erschienen. — Es folgt die Berathung folgenden An-trages: „Mit Rücksicht auf die Anzulänglichkeit des Reservefonds, und mit Rücksicht darauf, daß das älteste noch lebende Mitglied Nr. 2 bis zum 1. Juli d. J. erst 398 M. eingezahlt hat, und daß dieser Betrag nach Abzug der Verwaltungskosten mit Zinseszins noch nicht auf 600 M. angewachsen wäre, wird beschlossen: „Der Reservefonds wird durch außerordentliche Zuschüsse der einzelnen Mitglieder erhöht, oder das Sterbekassengeld wird herabgesetzt. Dementsprechend wird die Höhe des Sterbekassengeldes festgesetzt auf: a. 600 Mark für Die-jentigen, welche keine außerordentlichen Zuschüsse leisten wollen; b. 750 Mark mit entsprechender Verstärkung des Reservefonds; c. 900 Mark desgleichen mit einer entsprechenden Verstärkung des Reservefonds. Die Beiträge für diese 3 Stufen verringern sich mit den Jahren nach einem von einem Ausschuß noch festzulegen-den Beitrags-Verzeichniß. Diese Bestimmung erhält für alle Mit-glieder bindende Kraft an dem Vierteljahresersten, welcher auf die Bestätigung seitens der Staatsbehörde folgt. Nach Aufforderung des Direktoriums hat sich jedes Mitglied für eine dieser Stufen zu entscheiden; erfolgt keine Entscheidung, so ist das betreffende Mit-glied in die Stufe a. zu setzen.“ — Dieser Antrag ist, wie der Vorsitzende in längerer Darlegung ausführte, gestellt, um die Sterbekasse lebensfähiger zu gestalten und derselben neue Mit-glieder und neues Vertrauen unter den Lehrern zu gewinnen. Der Vorsitzende begründet den Antrag durch Mittheilung von Berech-nungen darüber, wie sich die Beiträge für die 3 Stufen in den verschiedenen Lebensaltern der Versicherten stellen würden. Das Wesentliche der vorgeschlagenen Aenderung des Versicherungsplanes besteht darin, daß die Sterbekassenbeiträge mit der Dauer der Mit-gliedschaft an Höhe abnehmen, ähnlich wie bei Lebensversicherungen. Nach einer bestimmten Anzahl von Jahren soll dann eine steigende Altersrente beginnen. — An den Bericht schließt sich eine ein-gehende Besprechung. Professor Plehwe-Posen schlägt vor: Das Sterbekassengeld auf 600 Mark herabzusetzen und die Bei-träge nicht pro Sterbefall, sondern nach einer Tabelle zu erheben. Redner befürwortet ferner die Einsetzung eines Ausschusses mit den Rechten der Generalversammlung. — Heß-Bartelsche meint: Die Herabsetzung des Sterbekassengeldes auf 600 Mark sei eine moralische Pflicht. Höben-Posen: Der Vorschlag des Herrn Professor Plehwe stimme im Prinzip mit dem Antrage des Direk-toriums überein; denn auch dieser wolle eine Herabsetzung der Sterbekasse. Nur wolle er außerdem den Mitgliedern, welche bereits über ihr Sterbegeld Verfügung getroffen hätten, die Mög-lichkeit einer höheren Versicherung gewähren. — Grundschod-Posen wendet sich gegen die Meinung, daß manche Versicherte be-reits über die höhere Sterbekasse von 900 Mark verfügt hätten. Er spricht sich ferner gegen die Einführung von Stufen aus und schlägt vor, nur 600 Mark festzusetzen. — Es sprechen noch mehrere Redner zu dieser Sache. Der Vorsitzende bemerkt, die Regierung bekunde für das Gedeihen der Kasse ein warmes Interesse und habe nach den vorgenommenen Feststellungen die Herabsetzung des Sterbekassengeldes für notwendig erachtet. — Herr Plehwe beantragt: das Sterbekassengeld bis zur weiteren Fest-stellung durch den zu wählenden General-Versammlungs-Ausschuß auf 600 Mark herabzusetzen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 439 gegen 265 Stimmen (16 Stimmen über die vorgeschriebene Majorität) angenommen. Desgleichen wird beschlossen: die Beiträge künftig nicht mehr pro Sterbefall, sondern nach Zeit zu erheben. Endlich wird der zu wählende Ausschuß ermächtigt, über die Zulassung von Sterbekassen auch in Höhe von 750 M. und 900 M. zu beschließen. — Der letzte Antrag des Direktoriums lautet: „Es wird ein Generalversammlungs-Ausschuß gebildet, bestehend aus 9 noch zu wählenden Mitgliedern (darunter 2 Direktionsmitgliedern), welcher beauftragt und bevoll-mächtigt ist: 1) Die Bedingungen für die drei zu bildenden Stufen und im besonderen das Beitragsverzeichnis zu berathen und rechts-verbindlich zu beschließen; 2) alle die weiteren Vorschläge, welche sich auf Abänderung der Statuten beziehen, zu berathen und die letzteren im Auftrage und im Namen der Generalversammlung mit den hohen Staatsbehörden rechtsverbindlich und in endgültiger Form festzustellen; 3) bilden die 7 nicht dem Direktorium ange-hörigen Mitglieder des Ausschusses bis zur nächsten General-Versammlung erforderlichen Falles den Verwaltungsrath.“ — Der Vorsitzende theilt die Rechte dieses Ausschusses genauer mit. Höben-Posen bezeichnet das Institut eines solchen Verwaltungs-rathes als sehr zweckmäßig und bittet um Bekanntgabe der in der

gestrigen Vorversammlung für diesen Ausschuß in Aussicht genom-menen Personen. Es sind die folgenden Herren: Lehmann, Knothe Witte, Krajewicz und Klimaszewski. Die Versammlung beschließt, in den General Versammlungs-Ausschuß 7 Mitglieder zu wählen, 5 aus den Mitgliedern und 2 aus dem Direktorium. — Es wird alsdann zu der Berathung der Anträge der Mitglieder über-gegangen. Pleczonka-Motorzyn beantragt sofortige Erhebung der noch rückständigen Beiträge für sämtliche Sterbefälle. Grund-schod-Posen theilt mit, es seien noch Beiträge für 53 Sterbefälle nachzuzahlen. Das soll unbedingt geschehen und zwar solle sich die Höhe der Beiträge nach der Dauer der Mitgliedschaft richten. Der Antrag wird angenommen. — Antrag 12 M.-R. Mizstak, Schrimm, Unruhstadt und Antrag 13 M.-R. Nerlich-Schmiegel, welche den Fortfall der Abzüge von den Sterbekassengeldern und die Nichterhebung der Beiträge für die vor der Aufnahme Ver-storbenen betreffen, werden für erledigt erklärt. — Ueber Antrag 14 wird zur Tagesordnung übergegangen. — Antrag 15 M.-R. Bur: Kautionsstellung des Hauptrendanten wird abgelehnt. — Die Anträge 16 und 17 betreffen die vom Direktorium aus recht-lichen Bedenken beantragte Zahlung des Sterbekassengeldes an die Hinterbliebenen zweier Mitglieder. Die Auszahlung des Sterbe-geldes wird genehmigt. — Es folgen Wahlen. Zum Hauptren-danten der Lehrer-Sterbekasse wird Herr Weymann-Posen ge-wählt, welcher die Kasse bereits seit dem September 1890 geführt hat. Die Versammlung drückt Herrn Weymann für die umsichtige gewissenhafte Kassenführung den Dank durch Erheben von den Sitzen aus, ebenso dem ausscheidenden Herrn Professor Dr. Moriz. — Aus dem Direktorium scheiden aus die Herren: Professor Dr. Moriz, van Hoeven, Nowakowski und Weymann. Es werden wieder-begewählt die Herren: van Hoeven, Nowa-kowski, Köhler und Maczynski, sämtlich in Posen. — In den General Versammlungs-Ausschuß werden gewählt aus der Zahl der Mitglieder die Herren Lehmann, Knothe, Witte, Krajewicz und Klimaszewski, aus dem Direktorium die Herren Dr. Käpfer, Grundschod, als Erstmann wird Herr Oberlehrer Dr. Sachse gewählt. Der General-Versammlungs-Ausschuß erhält das Recht der Kooptation. — Die Punkte Nr. 21 bis 32 werden von der Tagesordnung abgesetzt. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls wird alsdann die ordentliche Generalversammlung um 4 1/2 Uhr Nachmittags geschlossen.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

(Nachdruck der Original-Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

— **Buf, 8. Okt.** [Erwicht. Diebstahl.] Bezüglich des flüchtig gewordenen Kozłowski aus Duschnik sei noch folgendes mitgetheilt: Nachdem die königl. Staatsanwaltschaft zu Wejeritz von der Flucht des Kozłowski und von dessen beabsichtigter Aus-wanderung über Bremen nach Amerika Kenntniß erhalten hatte, ersuchte dieselbe die Polizeibehörde in Bremen, nach dem Betrüger zu fahnden, und wirklich gelang es der Polizei, ihn auf einem Schiffe, das nach einer Stunde nach Amerika abfahren sollte, zu verhaften. Bei seiner Verhaftung wurden ihm zunächst die noch bei ihm vorgefundenen 7800 Mark abgenommen. Nach einem kurzen Verhör wurde er sodann mit dem nächsten Zuge unter Be-gleitung eines Schutzmanns aus Bremen zurückgeschickt und traf am Sonnabend, den 3. d. Mts., in Grätz ein, wo er in das dortige Gerichtsgefängniß eingeliefert wurde. — Wiederrum ist hier ein Diebstahl verübt worden. In der Nacht vom 4. zum 5. d. Mts. wurden dem Dienstmädchen des Herrn D. G. hier zwei Kleider, einige Hemden und verschiedene Kleinigkeiten gestohlen. Der Verdacht fiel auf eine Dienstmagd, mit welcher jene verkehrte. Bei der verdächtigten Person wurde sofort eine Haussuchung vorge-nommen, die jedoch resultatlos blieb; der auf das Mädchen gefal-lene Verdacht hat sich also nicht bestätigt.

* **Fraustadt, 7. Okt.** [Dem endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 in unserer Stadt ent-nimmt das „Fraust. Volksbl.“, daß Fraustadt 670 bewohnte und 15 unbewohnte Wohnhäuser zählt, Haushaltungen sind 1522, einzeln lebende selbstständige Personen mit eigener Hauswirtschaft 288 und zwar a) männliche 66 und b) weibliche 222 und Anhalten 14 vor-handen. Die Wohnbevölkerung betrug am 1. Dezember v. J. 6890 Personen, davon 3117 männliche, 3773 weibliche. Knaben von unter 6 Jahren wurden 478, über 6 bis 14 Jahren 520; Mädchen von unter 6 Jahren 467, über 6 bis 14 Jahren 560 gezählt. Orts-

Pflicht.

Roman von C. Zoeller-Vionheart.

[8. Fortsetzung.]

(Nachdruck verboten.)

„Aber mir nicht,“ trumpfte sie ihn ab. „Steh‘ auf eigenen Füßen, ist mein Grundsatz, und den predige ich denen da alle Tage.“ Sie wies auf ihre fünf Kinder hin, die blaffen, hoch aufgeschossenen Jungen mit den kurz geschorenen Köpfen, von denen die spitzen Ohren wie Henkel abstanden, die strotzlos aufgedunsenen beiden Mädchen mit der unge-funden Blässe, die wie eingeschüchterte, stumpfsinnige Thiere gedulbig unter dem strengen Mutterauge weiter arbeiteten. Es war kein erfreulicher Anblick für das schönheits-gewohnte Auge des Indiers, diese abgearbeiteten, gedrückten Menschen des vierten Standes, die sich doch absolut nicht helfen lassen wollten. Er sprang schnell zur zweiten Sache über, die ihn hergeführt. „Sag‘ mir, Christine, wie ging es zu, daß die rüstige alte Frau so plötzlich dahingerafft wurde?“ In dem hellgrünen Auge der ältlichen Bürgersfrau glomm es feindselig auf, und giftig war auch der Ton, in dem sie antwortete: „Die Alte hat ja keinen guten Rath von anderen annehmen wollen, sie mußte durchaus ihren eigenen Weg gehen. Als das erste Geld von Dir ankam, hat sie's auf die Sparkasse getragen. Als Du dann ein Jahr darauf mehr schicktest, wollte mein Mann es für sie anlegen. Nicht rühr' an. Sie war so störrisch wie ein Maulthier. Nicht mal ein paar Hundert ins Geschäft wollt' sie ihm geben, was ich freilich nicht gelitten hätte, wär's nicht hinter meinem Rücken geschehen. Auch nicht die kleinste Bequem-lichkeit gönnte sie sich, blieb in ihrer Kammer hier oben bei uns, wo ich ihr doch unten ein Zimmer miethen wollte wegen des Treppensteigens. Und was denkst Du wohl, warum? Der

Lene ihren Zungen halber. Mit Euch und Euresgleichen, die Ihr ja nicht von einem Dienstmädchen, wie ich, sondern von einem studirten Gouvernantenfräulein abtammt, wollt' sie ja immer hoch hinaus. Für Dich hat sie sich die Groschen ab-gedarbt, damit Du Baumeister lernen könntest, und für den Johannes der seligen Lene legte sie jeden Pfennig von Dir beiseite, damit er Pastor studiren könnte, wenn er das Gymna-sium durchgemacht. Für meine Kinder wars natürlich gut genug, wenn sie Handwerksleute werden und in 'nen Dienst bei anderen gehen.“ „Ja, aber was hat das mit ihrem Tode zu thun?“ fiel Herbert ungeduldig, ja jetzt aufgebracht, ihr in die heftige Rede. „Nun alles! Hätt' sie meinem Mann vertraut, wär' ihr das Geld sicher geblieben. Nun aber läßt sie sich von einem so schön redenden Herrn, der ihr zufällig in der Pferdebahn begegnet und sehr leutselig nach ihren Verhältnissen sich erkun-digt, beschwagen und giebt ihm ihr ganzes Geld in die Bank, um recht hohe Prozente zu bekommen. Na, vor vierzehn Tagen knallt die schöne Seifenblase in die Luft, nachdem der feine Monsieur Brünken — Herbert fuhr schreckhaft in die Höhe — sich jedesmal von seinen abgeseimten Leuten ver-leugnen läßt, wenn die ängstliche, alte Frau zu ihm ins Comptoir gelaufen kam. Das Geschäft ist geschlossen, eine wuthheulende Menge, die mit Fäusten und Stöcken droht, steht vor der Thür und will sich von dem Schutzmann nicht fortschicken lassen. Die Alte kam in einer Droschke an mit irgend einer mitleidigen Seele, die sie dann auch noch mit Mühe die vier Treppen hier raufgeschleppt hat, Gott weiß wie, mit dem Wirt zusammen. Die Junge war gelähmt und die ganze linke Seite. Wir glaubten, sie könne auch nicht mehr hören, aber sie muß doch alles noch verstanden haben; denn als am zweiten Tage, als sie wie halbtobt auf ihrem Bett liegt, der Pensionsvater von Johannes kam, um uns zu melden, daß der Junge beim Schlittschuhlaufen eingebrochen

und ertrunken sei, haben wir die Kammerthür gar nicht erst zugemacht. Plötzlich kam ein Aufstöhnen von da her; ich laufe hin und sah noch, wie sie mit dem Kopf nickt, als wär' ihr was Angenehmes geschehen, dann röchelt sie einmal auf, verdreht die Augen — und vorbei wars. Um Deinetwillen hat mirs leid gethan; Ihr beiden habt Euch ja immer so miteinander gehabt, als gäb's außer Euch beiden keinen mehr im Hause. „Sag' mal an,“ unterbrach sie den hämischen Seiten-hieb ihrer rachsüchtigen Natur, „Du mußt übrigens die Frau von dem sauberen Bankier Brünken ganz gut kennen. Ihr wartet damals ja ein Herz und eine Seele, ich meine die zweite von dem hochmüthigen alten General in dem Vorderhaus, der an unsereins immer vorüberging, als wär' man Luft.“ Herbert erhob sich hastig. Er konnte den geliebten Namen aus diesem Mund nicht verunglimpfen hören, das ging über sein Ertragungsvermögen, über alles das hinaus, was er sich so fest beim Kommen vorgenommen. „Herr Schulze!“ Er konnte sich nicht abermals über-winden, den gebückten, demüthigen, zusammengekrümmten Mann „Schwager“ anzureden. „Ich habe für meine Schwester und deren Kinder ein Kapital von funfzehn-tausend Mark meinem Bankier Meyer Krohn und Co. an-gewiesen. Können Sie es zur Ausdehnung Ihres Geschäfts nützlich anlegen, so steht es schon jetzt zu Ihrer Verfügung. Ich werde nächstens mal wieder bei Euch vorsprechen, Christine“, fügte er schnell hinzu, um jedem Einwurf der Schwester und den Dankesbezeugungen ihres Mannes zu begegnen. „Du wohnst?“ fragte Christine ohne jeden Nebengedanken. Er erröthete flüchtig. „Im Königshof,“ erwiderte er kurz. Um den Preis seines Lebens hätte er dieser prosaischen Seele nicht seine zukünftige Adresse sagen mögen. (Fortsetzung folgt.)

